

Stefan Hug
Emmenholzweg 11
4528 Zuchwil
079 489 64 59
www.stefanhug.com

19.01.2022

Persönliche Stellungnahme zur Volksinitiative «Jetzt si mir draa»

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, lieber Patrick
Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte

Gerne unterbreite ich Ihnen meine Sicht der Dinge zur obenerwähnten VI bzw. deren Gegenvorschlag.

Vorbemerkungen:

Die Initiative erscheint mir angesichts der derzeitigen Lage unnötig. Die Forderung nach einer generellen Steuersenkung ist nur vordergründig nachvollziehbar und blendet einige Fakten aus:

- Der Kanton befindet sich mit seinen aktuellen Schulden (Ausfinanzierung PK) in einer finanziell ungemütlichen Lage.
- Durch die unlängst angenommene STAF gelangen markant weniger Steuereinnahmen an Kanton und Gemeinden. (Siehe auch Steuererhöhungen in div. solothurnischen Gemeinden).
- Die Annahme der Initiative würde den Finanzhaushalt des Kantons und auch für manche Gemeinde arg ins Wanken bringen.
- Die Annahme der populistischen Initiative würde mit Sicherheit ein Sparprogramm nach sich ziehen. Gespart würde bei der Bildung und dem Sozialwesen.
- Der Kantonsrat hat der Initiative mehrheitlich nur zugestimmt, damit er die Forderung nach einem Gegenvorschlag einbringen kann. Was er auch getan hat!
- Die Initiative bringt nebst dem Kanton namentlich auch die Gemeinden in finanzielle Bedrängnis. Sie müssten ihrerseits an den Gemeindeversammlungen eine Steuererhöhung beantragen (oder alternativ ein Sparprogramm fahren).
- Zwar weist der Kanton Solothurn eine hohe Steuerbelastung auf. Unter Einbezug weiterer Aufwendungen wie Wohnungsmieten, Krankenkassenprämien oder Wegkosten verbleiben den Solothurnerinnen und Solothurnern immer noch etliche Franken im Portemonnaie. Somit steht der Kanton schweizweit nicht abgeschlagen da.
- Die Steuerbelastung von nat. und jur. Personen ist nicht allein verantwortlich für die Wahl des Wohnortes oder des Firmenstandortes. Andere Faktoren sind gar wichtiger. Dies unterstreichen die Ansiedlungen von Firmen im Kanton Solothurn.
- Die Initiative lehne ich entschieden ab.
- Der Gegenvorschlag berücksichtigt die (auch von der SP geforderten) Entlastung der mittleren und tiefen Einkommen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Inhalte der Vorlagen:

Übersicht der finanziellen Auswirkungen

Folgende Übersicht zeigt die berechneten Steuerertragsausfälle für den Kanton sowie für die Einwohner- und Kirchgemeinden bei einer strikten Umsetzung der Initiative. Die Steuerbelastung der Einkommen dürfte ab dem Jahr 2023 maximal 20% über dem Schweizer Durch-

schnitt liegen (Variante B) und ab dem Jahr 2030 müsste sie maximal dem Schweizer Durchschnitt entsprechen (Variante A).

Beträge in Mio. Franken (pro Jahr)	Variante B CH-Durchschnitt +20%	Variante A CH-Durchschnitt
Kanton	- 63.23	- 131.50
Einwohnergemeinden	- 71.75	- 149.20
Kirchgemeinden	- 11.55	- 24.03
Total Steuerertragsausfälle öff. Hand	- 146.53	- 304.73

Weitere Bemerkungen:

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates (VI 0248/2021) veranschaulichen sehr gut sowohl die Initiative wie auch den Gegenvorschlag. Speziell im Kapitel 3 sind die Hauptpunkte beider Vorlagen treffend dargestellt.

Persönlich lehne ich die Initiative ab, weil sie

- die Besonderheiten des Kantons weitgehend ausblendet.
- für Kanton und Gemeinden markante Mindererträge generiert.
- zu wenig durchdacht ist und die nach wie vor angespannte finanzielle Situation des Kantons nicht berücksichtigt.
- für die Initianten dazu dient, ihr politisches Parkett zu polieren.

Kritisch stehe ich zum Gegenvorschlag, weil

- auch dieser die Einwohnergemeinden belastet, indem diese letztlich über weniger Steuereinnahmen verfügen.

Positiv am Gegenvorschlag erachte ich die folgenden Umstände:

- Er zielt in die richtige Richtung, indem nicht alle Einkommen entlastet werden, sondern nur die mittleren und tieferen (sozialer Aspekt).
- Der Initiative wird damit der Wind aus den Segeln genommen.

Den Gegenvorschlag erachte ich trotz des Vorbehalts als gangbaren Weg. Allerdings brauchen Kanton und Gemeinden minimale Finanzmittel, um ihre wichtigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen zu können. Wir müssen zu unserem Kanton und seinen Gemeinden Sorge tragen, indem wir ihn/diese mit entsprechenden Mitteln versehen. Der Weg über eine generelle Steuersenkung für alle Einkommen ist für mich der falsche!

Vielen Dank für Ihre geschätzte Kenntnisnahme.

19.01.2022; Stefan Hug, Kantonsrat, 4528 Zuchwil